



Ein weiterer Schritt zum gläsernen Bürger

Seit Oktober 2011 haben in Deutschland die Krankenkassen mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte begonnen.



Seit Oktober 2011 haben in Deutschland die Krankenkassen mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte begonnen. Auf dieser umstrittenen und seit Jahren von Ärzteverbänden und Datenschützern bekämpften Karte sollen stufenweise eine Vielzahl höchstpersönlicher und sensibler Daten zentral gespeichert werden: alle Erkrankungen, Diagnosen (und Fehldiagnosen), Rezepte, Untersuchungen, Therapien, Behandlungen, Krankenhausaufenthalte, unter anderem auch die Einwilligung oder Ablehnung zur Organspende. Eine weitere umfangreiche Datensammlung über jeden einzelnen Bürger soll so entstehen. Offiziell ist der Zugriff auf die Daten nur Gesundheitsinstitutionen erlaubt, Datenmissbrauch aber ist ein allseits bekanntes Phänomen. Ist der Wunsch nach einem „gläsernen Bürger“ denn inzwischen mehrheitsfähig geworden?

von clm

Quellen:

www.foebud.org/gesundheitskarte<http://www.bmg.bund.de/Krankenversicherung/elektronische-gesundheitskarte.html>

Das könnte Sie auch interessieren:

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.